

Aktionsbüro Einbürgerung im Paritätischen NRW  
Servicestelle für Einbürgerungsfragen in NRW  
NEWSLETTER ZUR EINBÜRGERUNG  
Nr. 09/2010 vom 27.12.2010  
[www.einbuergern.de](http://www.einbuergern.de)

---

|                                 |                             |
|---------------------------------|-----------------------------|
| <b>Glückliches neues Jahr</b>   | <b>Deutsch.</b>             |
| <b>happy new year</b>           | <b>Englisch.</b>            |
| <b>yeni yiliniz kutlu olsun</b> | <b>Türkisch.</b>            |
| <b>bonne année</b>              | <b>Französisch.</b>         |
| <b>S novim godom</b>            | <b>Russisch.</b>            |
| <b>Xin Nian Hao</b>             | <b>Chinesisch.</b>          |
| <b>sana saiida</b>              | <b>Arabisch.</b>            |
| <b>Shana Tova</b>               | <b>Hebräisch.</b>           |
| <b>Shato Brichto</b>            | <b>Aramäisch-Assyrisch.</b> |

---

Liebe Leserinnen und Leser,  
Wir sind für Sie wieder da! Für das ABE-Büro haben wir neue Mitarbeiterinnen und die Newsletter-Redaktion haben wir erweitert; Somit sind wir für das Jahr 2011 gut ausgerüstet.  
Die Newsletter-Redaktion sowie ABE-MitarbeiterInnen wünschen Ihnen für das Jahr 2011 ein gesundes, glückliches, friedliches und umweltfreundliches Jahr.

---

## INHALT

1. Einbürgerung und Staatsbürgerschaft in der EU:
    - a. Bundesrecht: Gesamte Rechtsvorschrift für Einbürgerungsmittelungen – Austausch.
    - b. Gericht: Göttingen muss Marokkaner einbürgern, der verdächtige Moschee besuchte.
  2. Soziales und Integration:
    - c. Ahmed Al Kadari, Träger der Integrationsmedaille.
    - d. Migranten sind besser integriert als angenommen
  3. Interkulturelles und Vielfalt:
    - e. Unbegründete Angst – Die Arbeitslosigkeit steigt nicht durch Zuwanderung.
  4. Solidarität und Fairness:
    - f. Ausländische Berufsabschlüsse sollen besser anerkannt werden.
  5. Aktuelles:
    - g. Online-Plattform gegen Menschenhandel eingerichtet.
  6. Curriculum Einbürgerung:
    - h. Große Mehrheit möchte, dass die Bedingungen für die Einbürgerung gestellt werden.
    - i. Interkultureller Kalender
-

## 1. Einbürgerung und Staatsbürgerschaft

### a. Bundesrecht: Gesamte Rechtsvorschrift für Einbürgerungsmitteilungen – Austausch

*Quelle: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich. Datum: 07.12.2010*

Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Königlich Dänischen Regierung über den Austausch von Einbürgerungsmitteilungen StF: BGBl. Nr. 40/1964

Ratifikationstext

Diese Vereinbarung ist gemäß ihrem Punkt 5 am 17. Juli 1963 in Kraft getreten.

\*Text

Durch Notenwechsel zwischen der Österreichischen Botschaft in Kopenhagen und dem Königlich Dänischen Ministerium des Äußeren vom 13. Juli/17. Juli 1963 wurde die nachstehende Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Königlich Dänischen Regierung über den Austausch von Einbürgerungsmitteilungen abgeschlossen.

1.

Die beiden Regierungen werden künftig miteinander die Einbürgerung von Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates mitteilen.

Unter Einbürgerung im Sinne dieser Vereinbarung ist auch der Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Erklärung oder Wiedererlangung zu verstehen.

[http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1964\\_40\\_0/1964\\_40\\_0.pdf](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1964_40_0/1964_40_0.pdf)

<http://einbuergern.wordpress.com/2010/12/07/bundesrecht-gesamte-rechtsvorschrift-fur-einburgerungsmitteilungen-austausch-fassung-vom-07-12-2010/>

---

### b. Gericht: Göttingen muss Marokkaner einbürgern, der verdächtige Moschee besuchte

*Quelle: hna. Datum 20.12.2010*

Göttingen. Wer gelegentlich eine Moschee besucht, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird, darf allein deshalb nicht unter einen Generalverdacht gestellt werden. Das hat das Verwaltungsgericht Göttingen entschieden.

Es gab der Klage eines marokkanischen Staatsangehörigen statt, der seit 1999 in Deutschland lebt und 2008 seine Einbürgerung beantragt hatte.

Die Stadt Göttingen hatte den Antrag des Geowissenschaftlers abgelehnt, weil das Niedersächsische Innenministerium Bedenken angemeldet hatte. Der Kläger stehe im Verdacht, die islamistische Muslimbrüderschaft zu unterstützen. Das Gericht fand dafür jedoch keine tatsächlichen Anhaltspunkte (Aktenzeichen 4 A 131/09).

Das Ministerium hatte auf angebliche Erkenntnisse des Verfassungsschutzes verwiesen. Danach sei der Kläger Mitglied der Muslimbrüderschaft und besuche regelmäßig die Freitagsgebete in der Moschee des Vereins. Vorbeter beendeten die Gebete regelmäßig mit verfassungsfeindlichen Aussagen wie „Gott lasse die Muslime über die Ungläubigen siegen“. Aufgrund seiner Moscheebesuche sei der Kläger als Unterstützer dieser islamistischen Bestrebungen anzusehen.

Der Kläger machte dagegen geltend, dass die Teilnahme an den Freitagsgebeten eine reine Ausübung seiner Religionsfreiheit gewesen sei. Bei seinen Besuchen seien ihm keine verfassungsfeindlichen Äußerungen aufgefallen. In diesem Jahr sei er nie in der Moschee gewesen. Im Übrigen sei er auch kein Mitglied in dem Verein.

<http://www.hna.de/nachrichten/niedersachsen/gegen-generalverdacht-1055010.html>

## 2. Soziales und Integration

### c. Ahmed Al Kadari, Träger der Integrationsmedaille

*Quelle: Bundesregierung - Online. Datum: 01.12.2010*

Herausragendes Engagement für eine bessere Bildung

„Bildung ist für mich das Wichtigste bei der Integration. Wer es in Deutschland zu etwas bringen will, muss sich in der Schule anstrengen.“ Ahmed Al Kadari weiß nur zu gut, wovon er spricht. Schließlich hat er bei seinen acht Kindern gemeinsam mit seiner Frau stets darauf geachtet, dass sie die Hausaufgaben machen und sich intensiv auf Klassenarbeiten vorbereiten. Mit Erfolg. Seine Kinder, die alle in Deutschland geboren wurden, haben die Schule jeweils äußerst erfolgreich abgeschlossen. Einige zeigen schon im Berufsleben ihr Können, beispielsweise als Chemiker oder als Geschäftsführer. Andere sind noch im Studium oder in der Ausbildung. „Ich bin sehr glücklich darüber, wie sich meine Kinder hier in Deutschland entwickelt haben“, freut sich Al Kadari. „Da hat sich der Einsatz wirklich gelohnt“.

Schon in seiner Heimat Marokko hatte Bildung für Al Kadari eine hohe Bedeutung. Nach der Schule begann er, Jura zu studieren. Da ihm aber bald für das fernab des Wohnortes im Rifgebirge begonnene Studium das Geld fehlte, entschloss er sich 1970, sein Glück in Deutschland zu probieren. Starthilfe gab ihm sein Bruder, der schon einige Zeit vorher hierher gekommen war. Mit seiner Unterstützung fand Al Kadari schnell eine Beschäftigung: Bei der Lufthansa wurde er in der Frachtabteilung eingesetzt, wo der heute 68-Jährige bis 2007 sein Geld verdiente.

<http://de.wordpress.com/tag/httpwww-bundesregierung-decontentdeartikelibartikelthemen2010-12-01-portrait-alkadari-html>

### d. Migranten sind besser integriert als angenommen

*Quelle: Zeit-Online. Datum: Dezember 2010*

Überraschendes Ergebnis einer Bertelsmann-Studie: Migranten sind demnach bei den Themen Familie und Beruf emanzipierter und karriereorientierter als Nicht-Migranten.



Menschen mit Migrationshintergrund in einem Integrationskurs in Leipzig - © Waltraud Grubitzsch/dpa

Bei einer repräsentativen Umfrage der Bertelsmann-Stiftung ergab sich, dass Migranten in Deutschland deutlich karriereorientierter sind als gemeinhin angenommen. Neun von zehn Befragten mit Migrationshintergrund wollen demnach beruflich weiterkommen. Bei der Befragung einer Vergleichsgruppe mit Menschen ohne Migrationshintergrund seien lediglich 45 Prozent so sehr auf ihre berufliche Entwicklung bedacht gewesen.

Auch bei Fragen zu typischen Geschlechterrollen kommt die Studie zu überraschenden Ergebnissen. So lehnen 74 Prozent der Befragten mit ausländischen Wurzeln die Vorstellung von der Frau am Herd ab. Immerhin 70 Prozent der Bürger aus muslimisch geprägten Ländern stimmten diesem Frauenbild genauso wenig zu. Sie sind damit, der Studie zufolge, nicht konservativer als die Deutschen.

<http://www.zeit.de/gesellschaft/2010-12/migranten-besser-integriert-studie>

### 3. Interkulturelles & Vielfalt

#### e. Unbegründete Angst – Die Arbeitslosigkeit steigt nicht durch Zuwanderung

*Quelle: Die Welt Kompakt. Datum: 23.12.2010*

Studie: Deutsche Arbeitnehmer profitieren von ausländischen Arbeitskräften  
Einheimische Arbeitskräfte profitieren langfristig von Zuwanderung. Bereits in Deutschland lebende Ausländer sind wegen der steigenden Konkurrenz dagegen die Verlierer bei einer Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften, heißt es in einer am Mittwoch in Nürnberg veröffentlichten Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Die Löhne der Ausländer sinken und das Risiko arbeitslos zu werden, steigt für sie.

Nach einem neuen Schätzmodell des IAB wäre der Lohnrückgang für die einheimische Bevölkerung bei einer Nettozuwanderung von insgesamt 450 000 Erwerbspersonen mit 0,1 Prozent nur sehr gering. Auch der Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,1 Prozentpunkte wäre moderat. Zuwanderung führt nach diesen Berechnungen also nicht zu steigender Arbeitslosigkeit für einheimische Arbeitskräfte. Langfristig würden die Löhne der einheimischen Bevölkerung sogar um 0,1 Prozent steigen und die Arbeitslosenquote um 0,06 Prozent sinken, so das IAB. Die bereits in Deutschland lebenden Ausländer verlieren dagegen durch die Zuwanderung. Ihre Arbeitslosenquote würde langfristig um 1,2 Prozentpunkte steigen; ihre Löhne um 1,1 Prozent fallen. Denn die Neuzuwanderer konkurrieren stärker mit den bereits in Deutschland lebenden Ausländern als mit den einheimischen Arbeitskräften. Dadurch fallen die Verdrängungseffekte für Ausländer auch sehr viel stärker aus als für Einheimische.

[http://www.welt.de/print/welt\\_kompakt/print\\_wirtschaft/article11794959/Unbegruendete-Angst.html](http://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_wirtschaft/article11794959/Unbegruendete-Angst.html)

### 4. Solidarität & Fairness

#### f. Ausländische Berufsabschlüsse sollen besser anerkannt werden

*Quelle: BMBF [Pressemitteilung 192/2010]. Datum: 02.11.2010 03.08.2010*

Ausländische Berufsabschlüsse sollen besser anerkannt werden. BMBF stellt beim Integrationsgipfel zügiges und einheitliches Verfahren vor.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der einheitliche und transparente Kriterien für die Bewertung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen vorsieht. Auf dem Integrationsgipfel wird Bundesbildungsministerin Annette Schavan diesen Baustein zur Bewältigung des drohenden Fachkräftemangels vorstellen. „Wir erwarten zu Recht von Zuwanderern, dass sie unsere Werte akzeptieren. Aber umgekehrt können Zuwanderer erwarten, dass wir ihre Qualifikationen anerkennen. Integration ist eine Frage des gegenseitigen Respekts“, sagte Schavan am Dienstag.

Geplant ist ein transparentes und zügiges Verfahren. „Wir können es uns im Kontext des Fachkräftemangels nicht leisten, vorhandenes Potenzial nicht optimal zu nutzen. Deshalb sollen alle, die im Ausland gute Berufsqualifikationen erworbenen haben, diese auf dem deutschen Arbeitsmarkt einsetzen können“, betonte Schavan. Die bis dato bestehenden Unterschiede zwischen verschiedenen Berufs- und Personengruppen werden so weit wie möglich aufgelöst und ein nachvollziehbares Verfahren sowohl für den Migranten als auch für die Arbeitgeber und Betriebe geschaffen. „Dieses Gesetz setzt ein Zeichen, dass qualifizierte Fachkräfte in unserem Land willkommen sind.“ Der Entwurf sieht vor, dass die Entscheidung innerhalb von drei Monaten nach Einreichung aller erforderlichen Unterlagen ergehen muss.

<http://www.bmbf.de/press/2986.php>

<http://einbuergern.wordpress.com/2010/11/22/auslandische-berufsabschlusse-sollen-besser-anerkannt-werden/>

## 5. Aktuelles

### g. Online-Plattform gegen Menschenhandel eingerichtet

*Quelle: EU-Kommission. Datum: 22.12.2010*

Die Europäische Kommission will verschärft gegen den Menschenhandel in der Europäischen Union vorgehen.



Auf einer neuen Website können sich Betroffene und Interessierte umfassend zu dem Thema informieren. Sie finden dort beispielsweise gesammelte Informationen über Rechtsvorschriften, Maßnahmen der einzelnen Mitgliedstaaten oder Angebote zum Schutz und zur Hilfe für Opfer. EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström betonte: „Die Bekämpfung des Menschenhandels hat für mich höchste Priorität. Ich hoffe, dass die Website, die heute online geht, einen wichtigen Beitrag zu unserer Arbeit leistet, indem sie Praktikern hilft, die Öffentlichkeit informiert und Opfern dieses entsetzlichen Verbrechens Unterstützung bieten wird.“

Die eigens zu diesem Zweck ernannte Koordinatorin Myria Vassiliadou soll die EU-Initiativen bei der Bekämpfung des Menschhandels zusammenführen und bei deren

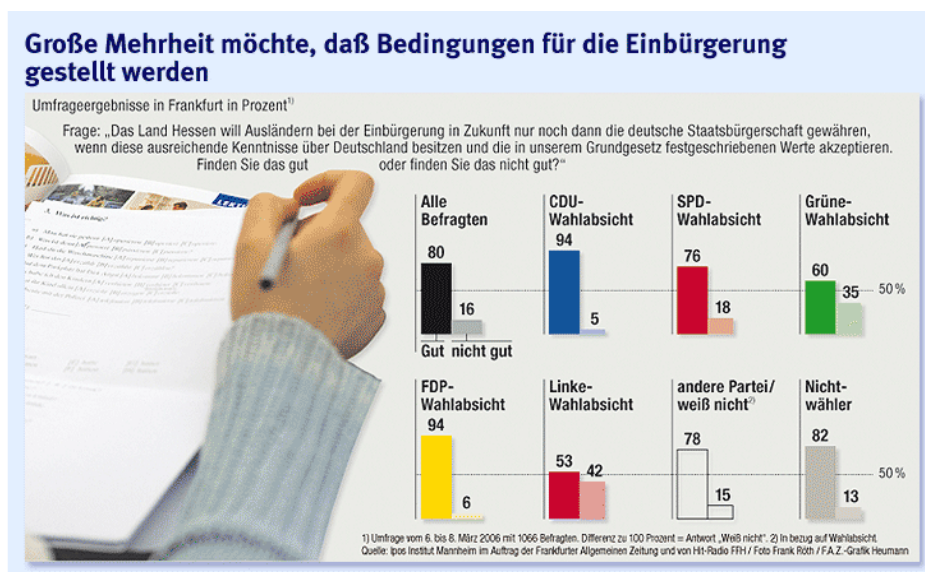
effizienter Umsetzung helfen. "Ich hoffe, dass die Website zur Sensibilisierung für das Thema Menschenhandel beiträgt und außerdem die Zusammenarbeit und das gegenseitige Verständnis zwischen Strafverfolgungsbehörden, nationalen Behörden und anderen Einrichtungen fördert", ergänzte sie.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/9648\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9648_de.htm)

## 6. Curriculum Einbürgerung

h. Große Mehrheit möchte, dass die Bedingungen für die Einbürgerung gestellt werden.

Quelle: FAZ-Online. Datum: 26.12. 2010



i. Interkultureller Kalender

[http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/religion/interkult\\_2011.pdf?start&ts=1288695455&file=interkult\\_2011.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/religion/interkult_2011.pdf?start&ts=1288695455&file=interkult_2011.pdf)

Urheberrecht: Der Interkulturelle Kalender ist urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, Abdruck oder Nutzung auch in elektronischen Medien ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers möglich. Für den Abdruck wird eine Lizenzgebühr berechnet. Anfragen richten Sie bitte an: [Integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de](mailto:Integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de).

### Impressum und Kontakt:

Dieser Newsletter wird vom Aktionsbüro Einbürgerung im Paritätischen NRW (ABE) herausgegeben. Die Herausgabe wird vom MGFFI bzw. MAGS des Landes NRW [www.mgffi.nrw.de](http://www.mgffi.nrw.de) (bzw. [www.mags.nrw.de](http://www.mags.nrw.de)) und von der IFAK e.V. [www.ifak-bochum.de](http://www.ifak-bochum.de) gefördert.

Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht des ABE wieder. Sie können Ihr Abonnement unter der Emailadresse [newsletter@einbuergern.de](mailto:newsletter@einbuergern.de) beenden.

Redaktion: Kenan Araz, Vera Moneke und Lisa Siebelmann, Aktionsbüro Einbürgerung im Paritätischen NRW (ABE), Engelsburger Str. 168, 44793 Bochum, Tel: 0234/9621012, Fax: 0234/0234/683336,

[www.einbuergern.de](http://www.einbuergern.de) | [abe@einbuergern.de](mailto:abe@einbuergern.de)